

Pulsnitzer Tageblatt

Preisprophet 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146 **Bezirksanzeiger**

Wochenblatt Post-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privatbank, Zweigstelle Pulsnitz

Ersteinst an jedem Werktag

Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstalten, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in 1927: Die 41 mm breite Zeile (Masse's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Sp., in der Amtshauptmannschaft Kamenz 8 Sp.; amtlich 1 mm 30 Sp. und 24 Sp.; Reklame 25 Sp. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Kontursfällen gelandet der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/2 10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Kamenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsgemeinden des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großhörn, Breinig, Hauswalde, Dorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Tychendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von G. F. Bräuer's Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 106

Montag, den 7. Mai 1928

80. Jahrgang

Das Wichtigste

In Rumänien steht ein Bauernkrieg bevor.
Im Kolmarer Prozeß kam es zu einem ersten Zusammenstoß.
Wie aus New York berichtet wird, beschäftigt Chamberlin noch vor Ende des Jahres den Stillen Ozean nach Japan zu überqueren.
Am Flugsonntag in Neuenburg stürzte der Baseler Fallschirmspringer Düfer, da sich sein Fallschirm nicht öffnete, aus 450 Meter Höhe tödlich ab.
Wie dem „Montag“ aus Sofia gemeldet wird, sind dort zwei Vertreter des Wohlfahrtsausschusses des Völkerbundes eingetroffen, um sich über die Obdachlosigkeit im Erdbebengebiet zu unterrichten.
Wie der „Montag“ aus Peking meldet, ist das deutsche Hotel Stein in Tsianfu geplündert worden. Die deutsche Kolonie in Tsianfu soll jedoch wohlverwahrt sein.
In Korinth wurden am Sonntag wieder vier neue Erdföße verspürt.

Die Frau und die Wahl.

Wenn man das Thema der Beteiligung der Frau am politischen Leben erörtert, so wird man vielfach Einwendungen hören, wie: Die Frau gehört an den Kochtopf und nicht an die Wahlurne, oder: Politik verdirbt den Charakter, und wir wollen uns den Charakter unserer Frauen rein erhalten. Alles schön und gut, nur muß man solche weisen Aussprüche daraufhin prüfen, ob sie in unsere Zeit passen. Der Krieg und seine Folgen haben in der Frauenfrage grundlegende Änderungen geschaffen. Während des Krieges sprang die Frau ein und füllte in fast allen Berufen mehr oder weniger die Stellen aus, die sonst mit Männern besetzt wurden. Aber die Front brauchte jeden Mann, folglich mußte in der Heimat die Frau in die Bresche treten. Seitdem hat sich die Frau fast alle Berufe erobert. Nicht nur, daß sie heute mehr denn je Büroarbeit leistet, nein, auch in die Handwerksberufe ist sie vorgedrungen. Vorläufig sind es noch Ausnahmen, daß Frauen als Maurer, als Schlichter, Bäcker oder dergleichen tätig sind, aber wer will sagen, daß diese Einzelbeispiele nicht starke Nachahmung finden. Tatsache ist jedenfalls, daß die Frau heute fast mit gleichen Interessen am Berufsleben teilnimmt wie der Mann, nicht immer aus eigenem Antriebe, sondern vielfach der Not gehorchend. Es ist nur eine selbstverständliche Folge dieser Tatsache, daß den Frauen heute auch im politischen Leben, in dem soziale-, Wirtschafts- und Berufsfragen den breitesten Raum einnehmen, eine verstärkte Teilnahme gesichert werden muß.

Die Frau hat genau wie der Mann ihr Wahlrecht, und das gibt ihr gleichzeitig die Pflicht zur Wahl. Dabei soll man sich vor dem Irrtum hüten, daß nur die berufstätige Frau Interesse an den Wahlen hat. Das ist ein grober Fehler; denn ein ebenso großes Interesse an den Wahlen hat die Hausfrau und Mutter, die vielleicht sonst am öffentlichen Leben nicht teilhat. Durch die Hände der Hausfrau geht der größte Teil des Gelderwerbs, und es kann ihr daher nicht gleichgültig sein, woher das Geld kommt und wieviel oder wie wenig sie damit beschaffen kann. Der Mann hat auch nur begrenzte Verdienstmöglichkeiten und muß es der Frau überlassen, mit dem Gelde auszukommen und die Ausgaben zu bestreiten. Darum wird die Hausfrau gut daran tun, sich darum zu kümmern, wo das Geld herkommt und wie es verdient wird. Sie wird die Programme der einzelnen Parteien daraufhin zu prüfen haben, wieweit die großen Versprechungen, die dort gemacht werden, auch erfüllbar sind. Sicher verlockend derartige Programmpunkte wie: jedem sein eigenes Haus, jedem ein gesichertes Auskommen, jedem vier Wochen Urlaub im Jahr und sonstige andere Verheißungen. Die Hausfrau wird sich davon zu überzeugen haben, ob diese paradiesischen Genüsse zu verwirklichen sind oder wieweit sie wahlpropagandistische Lederbissen sind, aber es gibt bittere Enttäuschungen, wenn die Partei nach der Wahl von ihren Programmpunkten, deren Undurchführbarkeit sie von vornherein einseh, nichts mehr wissen will. Gewiß läßt sich ein Wahlausruf sehr schmackhaft gestalten, wenn man in ihn schöne Versprechungen aufnimmt, aber damit ist noch nicht bewiesen, daß man jemals die Macht oder vielleicht auch nur den Willen hat, etwas davon in Wahrheit umzusetzen. Was den Willen der Wähler zu großen Gehältern, wenn die Wirtschaft daran zugrunde geht? Woher soll das Geld zum Wohnungsbau kommen, etwa aus erhöhter Steuerbelastung?

Schließlich das Interesse der Mutter an der Wahl. Die diesmalige Reichstagswahl geht unter der Parole für oder gegen das Reichsschulgesetz. Auf der einen Seite die Parteien, die die Volksschule in Grund und Boden verdammen und an ihre Stelle die weltliche Schule setzen wollen, auf der anderen Seite die bürgerlichen Parteien, die die konfessionelle Schule erhalten wollen. Der Mutter, die auf die Erziehung ihrer Kinder den größten Einfluß hat, wird es nicht gleich sein, in welcher Schule ihre

Bauernkrieg in Rumänien

Unabhängigkeitserklärung Siebenbürgens bevorstehend?

Der Verlauf der Karlsburger Tagung — Bruch zwischen Japan und Sibirien — Vor einem neuen Umsturz in Griechenland — Thea Rasche fliegt auch über den Ozean — Start zum zweiten deutschen Atlantikflug

Wien. Die nationale Bauernpartei Rumäniens ist zu einem großen Kongreß zusammengekommen. Dieser Kongreß wird sich mit den ersten innenpolitischen Gegensätzen zwischen den Nachfolgern in der Regierung Bratianus und dem rumänischen Bauernführer Maniu in erster Linie befassen. Der Gegensatz beruht in der Einstellung zum Königtum, und die Bauernpartei will vor allem die Diktatur der Bratianu-Partei und die durch sie verursachte Korruption und finanzielle Mißwirtschaft im Lande beseitigen. Die national-rumänische Bauernpartei will sogar, wie man über Budapest meldet, die Unabhängigkeit Siebenbürgens proklamieren.

Die rumänische Regierung hat scharfe Gegenmaßnahmen ergriffen. Sie sucht mit allen Mitteln die Bauern von der Teilnahme am Kongreß fernzuhalten. Im übrigen scheint die Regierung nicht abhandeln zu wollen oder den Forderungen der Bauernpartei stattzugeben.

Der Kongreß findet in dem siebenbürgischen Städtchen Alba-Iulia statt. Die Bauern kamen aus einer Entfernung bis zu 200 Kilometer zu Fuß und haben Lebensmittel für acht Tage bei sich. Die Stadtumgebung ist von Militär und Gendarmerie besetzt und bietet den Anblick eines Heerlagers. Außerordentliche Dinge scheinen in Rumänien bevorzustehen. In Zorba verwundeten die Bauern bei einem Zusammenstoß sieben Gendarmen. Sollte die Bukarester Regierung der Resolution des Bauernkongresses nicht nachkommen, so plant man für den dritten Tag des Kongresses einen Schritt, über den noch Stillschweigen bewahrt wird.



Der Führer der rumänischen Bauernpartei, Maniu, auf dessen Ruf sich 200 000 Bauern in Alba Julia zu einem Kongreß versammelt haben.

Karols Erwartungen von Karlsburg

London, 6. Mai. Die „Sunday Express“ veröffentlicht ein Interview mit dem Kronprinzen Karol, nach dem der Prinz auf den Karlsburger Kongreß der Bauernpartei große Erwartungen stellt. Von dem Ausgang dieses Kongresses hängt es ab, ob er dann in den politischen Ring tritt und das Knock out an der Regierung Bratianus zu vollziehen.

Der Verlauf der Karlsburger Tagung

Belgrad, 7. Mai. Die „Prawda“ gibt eine eingehende Schilderung über den Verlauf der Karlsburger Bauerntagung an der über 2000 Gemeinden aus 71 Komitaten vertreten waren. Das Blatt schreibt; schon am frühen Morgen sei der Hauptplatz von Karlsburg mit dichten Menschenmassen angefüllt gewesen. Um 8 Uhr hätte ein Gottesdienst stattgefunden, danach hätten die Führer der Nationalen Bauernpartei Maniu und Michalache die Entschliebung gegen die Regierung begründet, die sofort angenommen wurde. In der Entschliebung wird die Kreue zum Vaterlande, ein Gruß an den Völkerbund als Friedenshort und ein Dank an die Verbündeten des Weltkrieges zum Ausdruck gebracht. Beton wird, daß die Regierung Bratianus nur durch Staatsstreich aus Ader gekommen sei. Sie müsse einer Regierung des Rechtes, einer Regierung Maniu, Platz machen. Maniu ist mit dieser Entschliebung noch heute nach Bukarest gereist, um sie dem Regenschaftsrat zu unterbreiten.

Sechs andere Redner sprachen heute noch in Karlsburg in öffentlichen Versammlungen. Die Menge schwor mit erhobener Hand alles zum Sturze der Regierung Bratianu tun zu wollen. Ein Abgeordneter sprach mit Nachdruck von einem durchaus notwendigen Marsch auf Bukarest. Die Karlsburger Demonstranten marschierten zu einem großen Teil nach Klausenburg, wo morgen

eine Massenversammlung stattfinden soll, der Maniu die Antwort des Regenschaftsrates überbringen soll.

Auch in Bukarest fanden heute unter Teilnahme von 30 000 Menschen 2 Versammlungen der Nationalen Bauernpartei statt. In langen Demonstrationen begaben sich die Teilnehmer durch die stark von Militär besetzte Stadt, ohne daß Zusammenstöße erfolgten.

Japanische und chinesische Truppen im Kampf.

Tokio. Seit einigen Tagen stehen die auf der Schantung-Halbinsel gelandeten japanischen Truppen in schweren Kämpfen mit der südchinesischen Armee. Die Japaner berichten, daß in verschiedenen chinesischen Städten, besonders im Innern, unter den japanischen Zivilisten Blutbäder angerichtet wurden. Die japanischen Truppen auf Schantung sind von der südchinesischen Armee in drei für sich abgeforderte Truppenteile zerschnitten worden.

Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Japan und Sibirien.

Das japanische Kriegsministerium bestätigt, daß die chinesischen Südtruppen japanische Truppen bei Finanzfu entwaffnet haben. Die Truppen hätten sich ergeben müssen, weil ihnen die Munition ausgegangen sei. Der Befehlshaber der entwaffneten japanischen Truppen verübte Harakiri. Die japanische Verstärkung ist unterwegs, um die entwaffneten Truppen zu befreien. Ministerpräsident Tanaka erklärt amtlich, daß die japanische Regierung beschlossen habe, die Beziehungen zur Nanjingregierung abzubrechen und den Generalkonsul abzuberufen.

Vor einem neuen Umsturz in Griechenland.

Athen. General Kondylis, der Urheber des Sturzes des Diktators Pangalos, richtete ein bis zum 2. Juni befristetes Ultimatum an das griechische Volk, in dem er die Bildung eines Senats, Auflösung der Kammer und Verschlebung der Stabilisierung der Währung fordert und im Falle der Nichterfüllung dieser Forderungen sich ein eigenes Vorgehen vorbehält. Die griechische Regierung, die sich auf die Regierungstreue der Armee verläßt, glaubt, daß Kondylis' Drohung erfolglos bleiben wird.

Nordschleswigs Not geht

Dänemark nichts an.

Kopenhagen. Der dänische Ministerpräsident hat den Führern der Nordschleswiger Sammlungsbewegung erklärt, daß ihre Forderungen zu der Nordschleswiger Wirtschaftsnote, die Dänen und Deutsche gemeinsam erhoben haben, nicht erfüllt werden, und daß die Zwangsversteigerungen auf dem Lande nicht eingestellt werden könnten.

Die deutschen und dänischen Bauern in Nordschleswig waren durch die dänische Inflation gezwungen worden, zahlenmäßig hohe Kredite aufzunehmen. Ein Hof, der mit 80 000 Kronen verschuldet war, muß für diese Summe heute die Zinsen tragen, obwohl der Goldwert dieser 80 000 Kronen auf 20 000 nach der Währungsstabilisierung herabgefallen ist. So sind die deutschen Bauern in Nordschleswig in schwerste Schuldknechtschaft geraten, allerdings auch die dänischen Bauern. Die dänische Regierung scheint aber entschlossen, Hilfsmaßnahmen abzulehnen, weil es sich nach ihrer Meinung „nur“ um die Not der deutschen Minderheit handelt.

Attentat auf einen Sowjetbeamten in Warschau.

Warschau. Im Zentrum der Stadt verübte ein junger Russe auf den in einem Auto vorbeifahrenden Chef der sowjetrussischen Handelsmission in Warschau, Ljarew, ein Revolverattentat. Das Auto wurde von zwei Kugeln getroffen, wobei eine die Scheibe zertrümmerte, so daß Ljarew von der Glassplittern am Arm verletzt wurde. Passanten haben den Täter sofort festgenommen. Es stellte sich heraus, daß es sich um einen jungen russischen Studenten namens Giergij Bojeschowski handelt. Er erklärte beim Verhör, daß er nicht die Absicht gehabt habe, Ljarew zu töten. Durch seine Tat habe er nur beweisen wollen, daß die russischen Emigranten noch existieren und sich mit dem Sowjetregime niemals abfinden werden.